

Ortsamt Blumenthal

Protokoll über die Sitzung

des Gremiums: **Beirat Blumenthal**
 am: **10.12.2012**
 Ort: **Aula des Schulzentrums Eggestedter Str.,
 Eggestedter Str. 20, 28779 Bremen**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.38 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Beiratsmitglied	Nils Christahl
Beiratsmitglied	Peter Geis
Beiratsmitglied	Dennis Klingenberg
Beiratsmitglied	Grete Klinkmüller
Beiratsmitglied	Gabriele Kröger-Schurr
Beiratsmitglied	Anke Krohne
Beiratsmitglied	Karen Nieschlag
Beiratsmitglied	Andreas Pfaff
Beiratsmitglied	Alex Schupp
Beiratsmitglied	Eike Schurr
Beiratsmitglied	Ralf Schwarz
Beiratsmitglied	Harald-Christian Sociu
Beiratsmitglied	Hans-Gerd Thormeier
Beiratsmitglied	Gisela Zimmermann

Es fehlten: **Heiner Böcker**
Sascha Humpe
Helma Stitz

Gäste **Kay Greiner**, Standortmanager (BauBeCon Sanierungsträger GmbH)
Mathias Ehmke, Amt für Soziale Dienste, Fachdienst Junge Menschen Blumenthal
Sabine Luther, Gesundheitsamt, Referat 31 Umwelthygiene
Joachim-Helmut Werner, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Referat 33 Oberflächenwasserschutz
Ulrich Wessel, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Referat 24 Bodenschutz
Bernhard Leferink, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Referat 24 Bodenschutz
Holger Voß, Polizeirevier Blumenthal

Ortsamtsleiter **Peter Nowack**
Verwaltungsbeamtin
(Protokoll) **Heike Rohde**

OAL Nowack eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.
 Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt und somit wie folgt abgearbeitet:

Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 12.11.12
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
 - a. aus dem Ortsamt
 - b. des Beiratssprechers
4. (19:15 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
5. (19:20 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
 - a. Hans-Peter Heise: Einberufung einer Bürgerversammlung
 - b. Brigitte Kohl: Fragen zur Umweltbelastung durch das Tanklager Farge
 - c. Anwohner Tanklager: Bürgerantrag zur Gefährdung des Wasserschutzgebietes Blumenthal
6. (19:35 Uhr) Vorstellung Immobilienstandortmanager („Kümmerer“)

als Gäste: Herr Bodeit und Herr Greiner
7. (19:45 Uhr) Amt für Soziale Dienste – Bericht zum Anpassungskonzept für Kinder und Jugendliche 2012 und Ausblick auf 2013

als Gast: Herr Ehmke
8. (20:00 Uhr) Senator für Umwelt, Bau und Verkehr – Grundwassersituation in Farge und Rönnebeck

als Gäste: Herr Wessel, Herr Werner (SUBV) und Frau Luther, Gesundheitsamt
9. (20:45 Uhr) Beschlussfassungen
 - a) Korrekturbedarf beim Straßennamen „Zum Krempel“
 - b) Verlegung der Haltestelle für die Busbibliothek
 - c) Globalmittel – Restvergabe
10. (20:55 Uhr) Stellungnahme zum Entwurf zur Neuregelung von Aufwandsentschädigungen für Beiratsmitglieder
11. (21:05 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
 - a) **CDU** - Anfrage zum Straftäter Gösper Straße
 - b) **Die Linke** - Antrag zum Versand von Dateien an den Beirat
 - c) **BiW** - Antrag zur Überprüfung des Projektes "Wurzeln der Empathie" in Bezug auf Kindeswohlgefährdung
 - d) **Bündnis 90 / Die Grünen** - Antrag: Abschiebung und Sippenhaft - NEIN DANKE
 - e) **Die Linke** – Antrag zur Bodenbeschaffenheit in Farge
 - f) **Die Linke** – Antrag zu den Grundwasserverunreinigungen in Farge
 - g) **Die Linke** – Anfrage zur Entschädigung von Grundstückseigentümern in Farge
 - h) **Herr Klingenberg** – Anfrage an die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit über die Ausstattung der Blumenthaler Schulen mit Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeitern
 - i) **SPD und CDU** – Dringlichkeitsantrag: Optionen für eine Zuzugskoordination in der George-Albrecht-Str.
 - j) **SPD** – Dringlichkeitsantrag: Krippenplätze KiTa Haus Blomendal
 - k) **Die Linke** – Dringlichkeitsanfrage: Umweltbelästigungen der vergangenen Wochen
12. (21:25 Uhr) Verschiedenes

TOP 2: Genehmigung des Protokolls vom 12.11.2012

Folgender Änderungsantrag von Frau Krohne liegt vor:

„Änderungsantrag:

Protokoll Seite 7 Bürger E hat nicht von Frauen in der Mehrzahl gesprochen, sondern von seiner Frau.

Seite 9 Anträge Antrag b:

Herr Schwarz hat die Zurückstellung des Antrages gefordert, weil im Antrag der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN von einer Schließung des Tanklagers die Rede sei.“

Der Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt: 1 Ja-Stimme und 13 Enthaltungen.

OAL Nowack erklärt, der Änderungsantrag sei damit nicht angenommen worden.

Sodann wird über die Genehmigung des Protokolls wie folgt abgestimmt: 10 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Anmerkung:

Da die Annahme des Änderungsantrags irrtümlich nicht bestätigt wurde, wird die Abstimmung zur Genehmigung des Protokolls mit Änderung in der nächsten Beiratssitzung wiederholt.

TOP 3: Mitteilungen

- a. aus dem Ortsamt
- b. des Beiratssprechers

3 a.

- Im 8. Lenkungskreis Zentrumsentwicklung wurden erstmals die Vertreter der BauBeCon – Sanierungsträger GmbH und ein Vertreter der Handelskammer begrüßt. Als nächste Schritte werden wir am 11. Januar 2013 das Kümmererbüro eröffnen und ein integriertes Handlungskonzept entwickeln.
- Über die Zukunft des Tanklagers Farge gibt es einen intensiven Austausch. Zunächst wurde in einer internen Runde festgelegt, das SUBV für Bremen handelt. In einem zweiten Schritt wurden dann die Gespräche mit dem Landkreis Osterholz und der Gemeinde Schwanewede begonnen. Diese werden im Januar fortgesetzt
- Am 19.11. fand ein erstes Konsultationstreffen zum Thema „Windkraft“ beim SUBV statt. Ziel war die Erörterung des Sachstandes und die Diskussion über Alternativen. Wir haben deutlich gemacht, dass für uns ein Standort Rekumer Marsch nicht in Frage kommt und vorgeschlagen, einen Standort auf dem Gelände des Tanklagers zu prüfen.
- Am 22.11. fand die Anwohnersammlung zum Neubau der Turnerstraße statt. Die Anwohner wurden über die Grundsätze der Berechnung von Erschließungsbeiträgen informiert und konnten Fragen stellen, die erschöpfend beantwortet wurden. Seit dem 26.11. erhalten die Anwohner im Ortsamt Informationen über die zu erwartende Höhe ihre individuellen Erschließungsbeiträge.

4 b.

Herr Geis verliest folgende Erklärung:

„Guten Abend liebe Blumenthaler!

Als Beiratssprecher habe ich immer die Aufgabe, von Veranstaltungen bzw. Sitzungen zu berichten.

Diese sind im Allgemeinen nicht öffentlich.

Meist wird vor oder nach einer Sitzung noch einmal darauf hingewiesen, dass viele Details nur intern zu gebrauchen sind.

Was meine Arbeit als Beiratssprecher, aber sehr erleichtert ist meist stehen alle Gespräche mit noch mehr Details schon am nächsten Tag in der Zeitung und so bleibt nicht mehr viel übrig was ich hier berichten kann.

Nun zu Ihnen, liebe Frau Kröger- Schurr und Grüne Fraktionsvorsitzende,

Ich möchte auf Ihren Antrag

„Abschiebung und Sippenhaft –Nein Danke“ kommen.

Ich finde ihre Wortwahl „Sippenhaft“ völlig deplatziert oder aber – sie ist bewusst gewählt, was meiner Meinung nach noch weiter daneben ist.

Auf Grund Ihres Antrags, den Sie heute einbringen wollen, und Ihrer schon bei der letzten Beiratssitzung vorgebrachten Anschuldigungen „der Ortsamtsleiter wäre nicht durch den Koordinierungsausschuss beauftragt worden“, möchte ich betonen, dass dies nachweislich nicht stimmt.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Erklärung von Herrn Schwarz auf der letzten Beiratssitzung. Das sollte dann auch genügen.

Ihr Vorgehen scheint für alle Beteiligten wieder ein gezielter Affront gegen den Ortsamtsleiter und damit auch gegen den KO Ausschuss zu sein.

Ich möchte Ihnen als Beiratssprecher mein Befremden und auch meine Enttäuschung über Ihr Verhalten zum Ausdruck bringen.

Wir sind für die Blumenthaler Bürger gewählt und nicht dafür, uns gegenseitig in den Rücken zu fallen.

Dazu passend kam der Artikel in der Norddeutschen am 8. Dezember 2012

„Grüne setzten auf Vorschläge aus dem Stadtteil“.

Wo haben die Grünen aus Blumenthal Ihre Vorschläge vorgestellt?

In einem geheimen Zirkel?

Ich habe zur Georg-Albrecht-Straße bzw. zum Tanklager bisher nichts gefunden -- außer dem peinlichen Antrag und der Beschuldigung.

Wie kann Herr Nowack sich „zu Lasten der Blumenthaler Grünen profilieren“ - so wie es in der Zeitung stand?- wenn die Grüne Beiratsfraktion kein Profil nach außen zeigt.

Ich bedaure diese Entwicklung angesichts der gemeinsamen Verantwortung für Blumenthal ausdrücklich, sehe mich auch mit Rücksicht auf meine Fraktion und als Beiratssprecher nicht in der Lage, derartige Kritik und Umgangsformen unwidersprochen hinzunehmen.

Dieser Vorgang reiht sich leider ein in eine Reihe von Vorfällen gegen das Ortsamt und den Ortsamtsleiter, die mich zum dem Schluss kommen lässt, dass eine vertrauensvolle, wertschätzende und kollegiale Zusammenarbeit ihrerseits mit dem Ortsamt und dem Beirat nicht gewollt ist.

Es fällt mir schwer weiterhin mit Ihnen politisch auf Augenhöhe für Blumenthal und an den vielen noch anstehenden Projekten zu arbeiten und ich bedaure diese Entwicklung angesichts der gemeinsamen Verantwortung für Blumenthal ausdrücklich.

Vielen Dank. Und ich möchte noch einmal ausdrücklich kundtun, dass meine Fraktion und ich voll hinter unserem Ortsamtsleiter stehen. Wir finden, er ist das Beste, was Blumenthal in dieser Form passieren konnte.“

Frau Kröger-Schurr stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und erklärt, die Beiratssitzung sei keine Plattform zu Anschuldigungen gegen Beiratsmitglieder. TOP 3b sollte den Bericht des Beiratssprechers und keine Anschuldigungen enthalten.

OAL Nowack fragt nach, was der Inhalt des Antrages zur Geschäftsordnung sei.

Herr Schurr antwortet, der Antrag zur Geschäftsordnung laute, dass der Beitrag von Herr Geis wörtlich im Protokoll auftauchen solle.

Herr Thormeier spricht für sich persönlich und erklärt, er könne nachvollziehen, was Herr Geis in der Sache gesagt habe, gebe aber den Grünen Recht, dass das Thema nicht unter TOP 3b gehöre, sondern eine persönliche Erklärung sei.

Herr Schurr wiederholt einen Antrag aus der letzten Sitzung zur Vorlage des Protokolls der besagten Sitzung des Koordinierungsausschusses, da dieses bisher nicht eingegangen sei.

TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Frau Krohne fragt, warum das Schreiben der Kirchengemeinde, auf dem der Antrag der SPD bzgl. der Kinderkrippen basiert, nicht allen Beiratsmitgliedern zugegangen ist.

OAL Nowack antwortet, im Koordinierungsausschuss wurde erklärt, dass das Schreiben an die SPD gerichtet war und separat an das Ortsamt geschickt wurde.

Herr Christahl thematisiert, ob Polizeipräsenz oder soziale Arbeit wichtiger sei. Die Schuld für die Taten des Täters der George-Albrecht-Straße würde dem Sozialsystem gegeben. Dies würde aber so nicht stimmen, es gebe wesentlich ärmere Länder und damit gute Gründe, nicht herunterzuspielen, was der älteren Dame passiert sei. Man dürfe keine Täter- sondern müsse Opferpolitik betreiben.

Auf Nachfragen, was sein konkretes Anliegen sei, erklärt Herr Christahl, der Beirat solle sich auf die Seite der Opfer bekennen.

Frau Kröger-Schurr bittet, die Entscheidung zum Standort des geplanten Rebuz noch einmal nachzufragen, da bisher keine Mitteilung erfolgt ist.

Herr Schurr wünscht einen Bericht des Beiratssprechers, der bisher nicht erfolgt sei.

Herr Pfaff erinnert an eine Anfrage von vor 2 Monaten zum Bürgerservice Center Nord. Momentan würden Termine für Autozulassungen frühestens in 8 Tagen vergeben, er bittet, sich darum zu kümmern, ob die in der Anfrage gestellten Fragen beantwortet werden können.

Frau Krohne bittet um Verfolgung ihrer Anfragen aus der letzten Sitzung, da bisher keine Antworten eingegangen wären.

TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

- a. Hans-Peter Heise: Einberufung einer Bürgerversammlung
- b. Brigitte Kohl: Fragen zur Umweltbelastung durch das Tanklager Farge
- c. Anwohner Tanklager: Bürgerantrag zur Gefährdung des Wasserschutzgebietes Blumenthal

b. OAL Nowack ruft den Antrag b von Frau Kohl zuerst auf und schlägt vor, die Diskussion zu dem Thema zu TOP 8 zu vertagen und die im Antrag formulierten Fragen schriftlich zu klären.

Auf Nachfrage erklärt der Beirat, den Antrag zu unterstützen. Frau Kohl möchte, dass die Fragen wie gestellt weitergegeben werden. Herr Schwarz bittet, die Antworten schriftlich nicht nur der Antragstellerin, sondern auch den Beiratsmitgliedern zukommen zu lassen.

a. Für die Fraktion der SPD stellt Herr Schupp den Antrag, das Thema des Bürgerantrages zu vertagen, da bereits einige Sachen angelaufen seien und deren Entwicklung abgewartet werden solle.

Für die Vertagung stimmen 11 Beiratsmitglieder, 3 Beiratsmitglieder enthalten sich.

c. OAL Nowack schlägt vor, den Antrag wie Antrag b zu behandeln, da es sich um ein ähnliches Anliegen handele.

Für die Anwohner des Tanklagers erklärt Frau Pörtner, da es um eine komplexe Angelegenheit ginge, erhoffe sie sich ein langfristiges Projekt zum Schutz der Anwohner und das nicht „schnell auf schnell“ gehandelt werde. Das Problem sei auf Jahrzehnte zu sehen. Frau Pörtner zeigt sich irritiert über den Umgang der Beiratsmitglieder miteinander und appelliert, für die Bürger an einem Strang zu ziehen.

Herr Michael Kern übergibt ein Schreiben mit dem Hinweis auf defekte Straßenbeleuchtung am Marktplatz.

TOP 6: Vorstellung Immobilienstandortmanager („Kümmerer“) als Gäste: Herr Bodeit und Herr Greiner

Herr Bodeit ist nicht anwesend.

Herr Greiner stellt sich als Projektleiter der BauBeCon GmbH vor und erläutert kurz einige bisher durchgeführte Projekte.

Für Blumenthal laute der Auftrag, Immobilienmanagement ohne Stadtsanierung durchzuführen, was er und sein Kollege als neue und interessante Aufgabe sehen.

Ab sofort ist das Kümmererbüro in der Mühlenstraße telefonisch erreichbar. Vorgebrachte Ideen werden gerne weitergeleitet.

Das gemeinsame Ziel müsse sein, den Stadtteil voranzubringen – „Blumenthal blüht auf“ könne evtl. das Leitziel sein.

Die Kümmerer sind für 2 Jahre beauftragt, Blumenthal zu betreuen. Es gebe dafür zwar kein Geld, aber gute Ideen.

Frau Kröger-Schurr fragt, ob schon ein Konzept vorliege, das dem Beirat zugestellt werden könne.

Herr Greiner antwortet, ein spruchreifes Konzept gebe es noch nicht. Man warte noch auf das Integrierte Handlungskonzept, dann erfolge die Vorstellung und Erläuterung im Beirat. Herr Schwarz erkundigt sich, ob, da von den Kümmerern ja zahlreiche Projekte betreut würden, im Büro vor Ort zu festen Zeiten Ansprechpartner für interessierte Bürger erreichbar wären. Weiter möchte er wissen, wie aufgrund der vorliegenden Erfahrungen die Einschätzung der Kümmerer für eine Gewinnung von Investoren für Blumenthal ist.

Herr Greiner erklärt, es gebe zu festen Zeiten eine Bürger-Sprechstunde. Die Abstimmung solle mit dem Ortsamtsleiter erfolgen und über eine Pressemitteilung bekannt gemacht werden.

Investoren sollen eingebracht werden, es könne aber nichts versprochen werden. Erklärtes Ziel sei es, Leute zusammenzubringen, die dasselbe Ziel haben – dadurch erhofft man sich, dass günstigere Konditionen erreicht werden können.

Bürger A möchte wissen, wie- da der Einzelhandel am Müllerloch stark vertreten sei - für die Mühlenstraße weiterer Einzelhandel gewonnen werden solle.

Herr Greiner erwidert, es gebe noch kein Konzept. Die Konzentration des Einzelhandels am Müllerloch sei ihm bekannt, dagegen war ihm bis vor kurzem nicht bewusst, dass es in der Mühlenstraße überhaupt Geschäfte gab.

Man könne aber Konzepte z. Bsp. nicht von Stadt A auf Blumenthal übertragen. Wichtig wäre die Zusammenarbeit aller und auch die Beteiligung von Bürgern mit Ideen.

Bürger B betrachtet auch die Stadtentwicklung mit Interesse. Die Innenstadt kranke an Aufenthaltsqualität. Man dürfe nicht nur Investoren suchen, sondern müsse auch Ideen zur Förderung der Aufenthaltsqualität sammeln.

OAL Nowack sagt, es sei zwar in erster Linie Geld nötig, aber es würden auch kluge Ideen und Vorschläge benötigt.

Herr Schurr widerspricht, dass vorrangig Leute mit Geld gebraucht würden, „Müllbringer“ (Industriegewerbe) wären nicht nötig.

OAL Nowack erklärt, es gebe zukünftig regelmäßige Berichte von den Immobilienstandortmanagern und dem Lenkungskreis an den Beirat.

TOP 7: Amt für Soziale Dienste – Bericht zum Anpassungskonzept für Kinder und Jugendliche 2012 und Ausblick auf 2013
als Gast: Herr Ehmke

Anhand einer Präsentation (siehe Anlage) erläutert Herr Ehmke die finanzielle Situation für das Anpassungskonzept für Kinder und Jugendliche. Antragsteller, Zweck und Angebote sind in der Anlage ersichtlich.

Er verdeutlicht dabei, dass die Planungsreserve in Höhe von 5 % nicht gezogen wurde, mit der Restmittelvergabe 2012 im Umfang von 14.140,00 € konnten noch Anträge berücksichtigt werden. Da man auch einen Personalkostenzuschuss erhalten habe, wäre die gleiche Summe wie im Vorjahr greifbar. Kostensteigerungen würden sich über gestiegene Betriebskosten und gestiegene Löhne und Gehälter erklären. Einsparungen würden aber eher bei Sachen und Programmmitteln als beim Personal vorgenommen werden. Die finanzierten Angebote laufen teilweise über Jahre und haben sich bewährt. Die Gelder sind auch deswegen auskömmlich, weil wichtige Angebote im Netzwerkverbund durch Wochenendöffnungen verschiedener Träger durchgeführt werden können. Als Beispiel für ein Verbundprojekt nennt er das Projekt „Starke Mädchen“ in Zusammenarbeit zwischen Haus der Familie und Epsymo.

Herr Schurr bittet, Unterlagen zukünftig vor der Sitzung den Beiratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Da es keine weiteren Fragen gibt, erklärt sich der Beirat einstimmig mit dem vorgestellten Konzept einverstanden.

TOP 8. Senator für Umwelt, Bau und Verkehr – Grundwassersituation in Farge und Rönnebeck
als Gäste: Herr Wessel, Herr Werner, Herr Leferink (SUBV) und Frau Luther, Gesundheitsamt

Herr Wessel erklärt, er werde die Situation aus Sicht der senatorischen Behörde darstellen und verweist auf deren ernsthafte Sicht auf die Lage vor Ort zum Tanklager.

Ein Lageplan zeigt das Gelände des Tanklagers in einer Größe von ca. 320 ha auf bremischem und niedersächsischem Gebiet. Die gesamte Bearbeitung erfolgt durch Bremer Behörden.

Es werden 120 Verdachtsflächen angeschaut, die in drei Prioritäten unterteilt sind. Von den 120 Flächen haben 7 [Hafen, Verladebahnhof I und II, Kanisterabfüllfläche – (darin verstecken sich weitere Flächen)] eine hohe, 40 eine mittlere und der Rest geringere Priorität.

Die Feststellung von Verunreinigungen erfolgte in den Jahren 1990 / 2000, als eine neue Tankwagen-Befüll-Anlage aufgestellt wurde. Die Ursache dürfte auf einen in diesem Bereich ermittelten Leitungsschaden aus dem Jahr 1974 zurückgehen.

Im Rahmen des Grundwassermonitorings für den Bereich der durch Bodenaustausch sanierten ehemaligen Kanisterabfüllfläche, der heutigen TKW-Füllstation wurde auch der im seitlichen Abstrom des Verladebahnhofs II im Jahr 2006 neu errichtete Feuerlöschbrunnen beprobt und eine erhöhte Belastung mit den aromatischen Kohlenwasserstoffen BTXE (Benzol, Toluol, Ethylbenzol, Xylole) festgestellt.

Auch die daraufhin in 2006 direkt im Grundwasserabstrom des Verladebahnhofs II errichtete Grundwassermessstelle GWM 01/06 zeigte eine Belastung mit BTXE.

Daraufhin hat das Bundeswehr-Dienstleistungszentrum Schwanewede (BwDLZ) auf Veranlassung des Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) seit 2007 Untersuchungen zur Altlastensituation im Bereich der Bundeswehrliegenschaft Tanklager Farge in mehreren Schritten durchgeführt.

Die ersten Untersuchungen in 2008/2009 haben ergeben, dass eine massive Grundwasserverunreinigung im Bereich des Verladebahnhofs II sich über die Liegenschaftsgrenze hinaus bis in angrenzende Gebiete der Ortsteile Farge und Rönnebeck erstreckt.

Es wurden Werte von 100.00 µg, in Teilbereichen von 4.000 µg festgestellt.

2009 lagen die Ergebnisse der Untersuchungen vor. Es stellte sich die Frage, wer informiert werden solle. Entschieden wurde, die Anwohner des ganzen Gebietes bis zur Straße „An der Amtsweide“ zu informieren mit der Empfehlung, das Grundwasser nicht zu nutzen.

Anfang 2010 wurde diese Abgrenzung durch Ergebnisse weitergehender Erkundungsschritte bestätigt.

Anhand einer Darstellung (Anlage) erläutert Herr Wessel die Ausbreitung und den Schnitt der Schadstofffahne sowie die Parameter und Ergebnisse im Bereich Verladebahnhof und außerhalb. In dem Zug verweist Herr Wessel auf die Geringfügigkeitsschwellen.

Im Juli 2010 wurde die Grundwassersanierung im Bereich des Verladebahnhofs II durch hydraulisch unterstützte Phasenabschöpfung aufgenommen. Hierbei wird rings um das Kontaminationszentrum aus derzeit fünf Brunnen aus der Tiefe Grundwasser gefördert, um einen Absenktrichter zu erzeugen. Die sich im Zentrum des Trichters sammelnde aufschwimmende BTXE-Phase wird abgeschöpft, wodurch eine nachhaltige Entfrachtung des wassergesättigten Bodens ermöglicht wird. Über die Phasenförderung an den fünf Entnahmebrunnen wurden bis zum Juli 2012 ca. 20.500 Liter entsprechend ca. 16.000 kg Schadstoffe und über die Grundwassersanierung zusätzlich ca. 300 kg Schadstoffe aus dem Untergrund entnommen. Ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Auf einer Karte (Anlage – Grundwasser-Monitoring) ist die Grundwasser-Fließrichtung erkennbar. Ebenso sind die 5 temporären Messstellen eingezeichnet. Da diese nur einmalig genutzt werden können, werden zusätzliche Brunnen dazukommen.

Die Anwohner wurden informiert, welche Brunnen Belastungen zeigen. Es wurden unterschiedliche Belastungen gemessen, zum Teil gibt es zwar eine MTBE (Methyltertiär-Butylether) - aber keine BTEX-Belastung. Erklärt wird dies dadurch, dass MTBE wasserlöslich und damit schneller als andere Schadstoffe ist.

Eine Untersuchung auf MTBE ist durch die Bundeswehr nicht erfolgt, da die Bundeswehr nie mit diesem Stoff umgegangen ist. Die Bundeswehr nutzt zwar das Tanklager, es gibt aber einen Betreiber vor Ort. Dieser Betreiber hat die Auflage, nicht genutzte Stellen dem Erdölbevorratungsverband zur Verfügung zu stellen. Dieser wiederum lagert bleifreies Benzin ein.

1986 / 87 wurde festgestellt, dass Gleiswannen defekt waren. Es erfolgte ein Austausch. Seit 1990 sind keine Vergaserkraftstoffe mehr verladen worden.

Das Zeitfenster der Kontaminierung ist somit sehr klein. Die Mengen der Kontaminierung zeigen jedoch, dass nicht nur Vergaserkraftstoffe gelagert worden sein können. Eine Aufklärung in Gänze ist wahrscheinlich nicht mehr möglich.

Die Schadstofffahne und die Wassererfassung im Wasserschutzgebiet zeigen, dass eine Beeinträchtigung dort zurzeit nicht wahrscheinlich ist. Regelmäßige Messungen der Stadtwerke als Trinkwasserversorger zeigen keinen Befund.

Da sich der Grundwasserspiegel 12 bis 15 Meter unter dem Gelände befindet, wird davon ausgegangen, dass eine Gesundheitsgefährdung über die Boden-/Raumluft nicht anzunehmen ist. Im „informierten Bereich“ sind die Messwerte vergleichsweise niedrig und stellen sich differenziert dar. Messungen in Kellern zeigen kein Ergebnis.

Um weiteren Gesundheitsgefährdungen vorzubeugen, wird von einer Benutzung des Grundwassers abgeraten.

Eine nachhaltige Wirkung der letzten 30 Jahre wird nicht vermutet. Die Außenluft und der Boden sind nicht mehr belastet, da die Kontaminierung durch flüchtige Stoffe erfolgte. Der Wurzelbereich von Nutzpflanzen reicht nicht bis zum Grundwasserspiegel, eine Bewässerung kann jedoch zur Folge haben, dass Pflanzen oberflächlich belastet werden. Herr Wessel merkt jedoch an, dass Einzelfälle sich auch anders darstellen können.

Ein Wertverlust der Grundstücke ist möglich. Die Beurteilung ist jedoch juristisch problematisch, da Eigentümer zwar ein Recht am Boden, aber kein Recht am Grundwasser haben.

Konkrete Aussagen zu dem Thema sind deshalb nicht möglich. Schäden sind dem Verursacher zu melden.

Herr Werner erklärt die technische Anlage Tanklager, die Sicherungsmaßnahmen und die Überwachungsaktivitäten (Seite 13 - 15 Anlage).

Die zeitliche Perspektive wird von Herrn Wessel erläutert.

Die Erkundung und die Sanierung von Grundwasserschäden erfordert ein schrittweises Vorgehen, man arbeitet sich vom Verladebahnhof bis zur Ecke Farger Straße vor.

Die Sanierungsmaßnahmen zurzeit sind Sofortmaßnahmen, installiert, um den Schaden abzugrenzen. Gleichzeitig soll kein Schaden für weitere Sanierungsmaßnahmen angerichtet werden.

Zukünftige Maßnahmen können noch nicht benannt werden. Die Bearbeitung eines Grundwasserschadens durch BTXE in den Ausmaßen wie er beim Tanklager Farge vorliegt, nimmt in der Regel einen Zeitraum von 10 Jahren und mehr in Anspruch. Auch bei großem Aufwand lassen sich Grundwasserverunreinigungen dennoch oftmals nicht vollständig beseitigen.

Die kritisierte mangelnde Information der Anwohner war als „offene Flanke“ bekannt. Man versprach sich durch jährliche Informationen ohne „Neues“ keinen Erfolg. Herr Wessel räumt ein, dass die Neubürger ein kritischer Punkt sind und appelliert an Verkäufer und Nachbarn, Grundstückskäufern Mitteilung über die Belastung zu machen. Die Kritik wurde von der Behörde aufgenommen, zukünftig sollen Neubürger über die Meldebehörde ermittelt und informiert werden. Es gibt jährliche Berichte an die zuständige Deputation. Diese Berichte stehen auch den Beiräten zur Verfügung.

Herr Schurr kann die benannte Besserung, die an Gleis 8 in Sicht sein soll, nicht erkennen, da auf der gezeigten Karte zu viel rot gekennzeichnet sei.

Herr Wessel erklärt, dass die Werte schwanken würden, es gebe immer noch Schichtdecken im Dezimeterbereich, die betreffen aber nicht die Phase. Insgesamt seien die Werte heruntergegangen.

Herr Schurr erklärt, die Ablehnung der Warnung der Neubürger sei ein Skandal. Das Land habe eine Informationspflicht. Er fragt nach einer Lebensdauerabschätzung der in 2007 eingestellten Behälter und der 2010 installierten Rohrleitungen und in welchen Intervallen diese getauscht werden. Außerdem möchte er wissen, welche weiteren Störfälle bekannt sind.

Herr Wessel erwidert, ihm seien keine weiteren Störfälle bekannt, sollten anderenorts welche bekannt sein, bittet er, diese zu melden. Zur Kritik an der mangelnden Information der Neubürger antwortet er, diese sollten nicht abgewimmelt werden, die Behörde ist davon ausgegangen, dass die Informationen laufen.

Frau Krohne zeigt sich irritiert über die Menge der Schadstoffe. 16 Tonnen entsprächen nicht einmal einem Drittel eines Kesselwagens. Sie möchte wissen, wie viel Grundwasser bewegt wurde und wie viel Sanierungsbrunnen vorhanden sind.

Herr Wessel antwortet, das Grundwasser würde nur abgepumpt werden, um Absenktrichter zu erreichen. Die Phase läuft auf dem Grundwasserspiegel zusammen. Die besagten 16 Tonnen wurden nur durch die Phasenreinigung entnommen.

Frau Krohne fragt nach den verschiedenen Verunreinigungen. Das BTEX käme aus dem Tanklager, aber woher kommt das MTBE?

Herr Wessel erwidert, dass das MTBE auch einen Ausgang hat, der vom Tanklager kommt, da MTBE aber höhere Werte im Abstrom zeigt, man ging davon aus, dass der 2. Schaden außerhalb des Geländes liegt. Die Untersuchungen infrage kommender Betriebe brachten allerdings kein Ergebnis, so dass wahrscheinlich ist, dass auch das MTBE vom Tanklager kommt.

Frau Krohne bezieht sich auf entsprechende Zeitungsberichte und fragt, ob auch obere Bodenschichten und die Luft über dem Erdboden untersucht worden wäre.

Herr Wessel erklärt, dass dies nicht geschehen sei und es dazu keine konkreten Angaben gebe.

Frau Krohne erinnert an kaputte Kesselwagen und gerissene Rohrleitungen. Die Schäden müssten bekannt gewesen sein.

OAL Nowack verweist auf die bereits vergangene Zeit und bittet Frau Krohne, ihre Fragen zu beenden um auch anderen Beiratsmitgliedern noch die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen.

Herr Schurr stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung dahingehend, dass das nur möglich sei, wenn ein Antrag zum Ende der Debatte gestellt worden wäre.

Mit 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wird beschlossen, dass Frau Krohne ihre Fragen zu Ende stellen kann und das Thema weiter behandelt wird.

Herr Wessel erwidert sodann, dass 3 gerissene Rohrleitungen bekannt gewesen wären. Dabei sind 500 Liter Benzin ausgelaufen, die sofort abgestreut wurden. Schäden an Kesselwagen sind ihm nicht bekannt.

Frau Krohne fragt, warum die mit MTBE kontaminierte Grundwasserfahne nicht verfolgt wurde.

Herr Wessel antwortet, man gehe davon aus, dass das MTBE vom Tanklager komme, wisse aber nicht, wie es dahin gelangt sein sollte.

Frau Krohne möchte wissen, wie tief herunter Grundstücksbesitzer das Recht am Boden haben und für welche Grundstückstiefe man wie weit verantwortlich sei. Sie erklärt außerdem, es sei kein Schaden, die Leute regelmäßig zu informieren.

Herr Wessel kann dazu keine Aussage machen, da ihm dies nicht bekannt ist.

Herr Thormeier fragt nach der Einschätzung der senatorischen Behörde. Entstand die Kontaminierung durch schleichende Prozesse oder ein oder mehrere Schadensfälle?

Herr Wessel sagt, man geht von verschiedenen Schadensfällen aus. Die Menge an MTBE zeige, dass mehrere Schäden vorhanden seien.

Herr Thormeier möchte darauf hin wissen, ob man aufgrund dieser Einschätzung die Staatsanwaltschaft eingeschaltet habe.

Herr Wessel erklärt, bereits seit Bekanntwerden der Schäden werde ermittelt.

Herr Sociu verweist auf das Verursacherprinzip in der deutschen Rechtsprechung, und möchte wissen, wie eine Entschädigung der Grundstückseigentümer erfolgen kann. Da man als Mieter Mietminderung vornehmen könne, wäre ein Vorschlag die Minderung der Grundsteuer.

Herr Wessel erläutert, dass die Stadt nicht der Verursacher sei und mit dem Wertverlust der Grundstücke nichts zu tun habe. Die Stadt könne nur Schadensbeseitigung treiben. Bei nachweisbaren Kosten / Wertverlusten wäre der Bund zuständig.

Herr Schupp erklärt, die Feststellung des Schadens im Abstrom erfolge in 14 Meter Tiefe und möchte wissen, ob es bei Probebohrungen feststellbar sei, wo die Schadensmenge abnimmt.

Bezugnehmend auf den Fall Mobil-Oil-Raffinerie möchte er wissen, wie lange es dauert, bis der Boden wieder unbelastet ist und wie teuer die Sanierung wird.

Herr Wessel erklärt, der Boden (Mobil-Oil) wird noch lange nicht wieder in Ordnung sein. Anfang der 90er Jahre gab es erste Versuche der Altlastensanierung und Kampfmittelräumung. Bis heute wird an der Sanierung gearbeitet, der Betreiber ist inzwischen insolvent.

Im Abstrombereich gibt es eine hydraulische Sicherheit, so dass ein weiteres Abdriften der Schadstoffe nicht möglich ist, es gibt aber immer noch kontaminierte Grundstücke.

Der finanzielle Aufwand insgesamt ist nicht bekannt, da auch der ehemalige Betreiber bereits geräumt hat.

Der Verursacher hier (Farge) ist aber bekannt und hat sich zu seinen Pflichten bekannt. Im Bereich Verladebahnhof gibt es gelöste Stoffe im Grundwasser, jedoch nicht im Boden.

Herrn Geis sind die Fachbegriffe leider oft unverständlich. Er möchte wissen, ob die Kontamination für Menschen gefährlich ist und ob es eine Garantie gibt, dass für die nächsten 10 / 20 Jahre keine Gefährdung für Menschen davon ausgeht.

Außerdem fragt er nach bekanntgewordenen Auffälligkeiten genetischer Art bei Pflanzen und Tieren.

Herr Wessel kann dazu nichts sagen, da dies die Forschung betreffe. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehrs sei eine Vollzugsbehörde.

Frau Luther erklärt, wenn das Grundwasser nicht genutzt werde, gebe es keine Gefährdung. Die wesentliche Problematik bestehe in der Aufnahme der BTEX-Stoffe über die Haut.

Zweiter wesentlicher Punkt ist die Aufnahme über die Atemluft.

Diese Faktoren seien aber ausgeschlossen, wenn das Grundwasser nicht genutzt werde.

Bei Pflanzen sei eine Aufnahme nicht möglich, da die Wurzeln nicht so tief reichen würden. Beim Begießen sind maximal die oberen Pflanzenteile betroffen. Auch beim Gießvorgang besteht wenig Gefahr, da die Stoffe leicht flüchtig sind.

Die Erkenntnis zurzeit lautet: In den Pflanzen landet nichts, wohl aber womöglich auf den Früchten.

Eine Garantieabgabe ist nicht möglich. Es gibt noch keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, in wie weit Grundwasserschadstoffe den Menschen belasten. Deswegen gibt es seit 2009 die vorsorgliche Empfehlung, das Grundwasser nicht zu nutzen, das eine Gefährdung nicht beziffert werden kann.

Herr Schwarz möchte wissen, ob andere Altdeponien auf gleiche Schadstoffe getestet wurden und ob es Einschwemmungen durch andere Grundwasserbewegungen gibt. Er verweist auf die geplante Entleerung der Tanks im Mai 2013 und fragt nach Auswirkungen auf den Grundwasserbereich. Können sich z. Bsp. Ströme ändern? Er möchte weiter wissen, ob die Mitteilung einiger Bürger, dass Sträucher eingegangen seien, in Zusammenhang damit stehen könne, dass gewisse Grundwasserbereiche das Grundwasser nicht mehr halten können (Beispiel Löschteich Farge).

Herr Wessel antwortet, dass gesetzte Brunnen zur Probenentnahme und Brunnensanierung sich nicht über die Grundstücksgrenzen hinaus auswirken. Eine Tankanlage könne zwar aufschwimmen, wenn sie im Grundwasser liegt, aber die Grundwasserhöhe ändere sich nicht. Der Grundwasserspiegel liegt bei 10 bis 14 Metern Tiefe, die Tanks liegen bis zu 10 Meter tief, schneiden also den Grundwasserspiegel maximal an.

Herr Werner erklärt, die Tanks befänden sich in einem massiven Betonmantel (Stärke 1 Meter). Für Innenbesichtigungen würden Tanks auch entleert werden, man könne davon ausgehen, dass sich ihre Lage nicht verändern werde.

Herr Wessel ergänzt, dass auch die Grundwasserfließrichtung bleiben werde.

Frau Kröger-Schurr fragt, ob die erste Information an die Anwohner in 2004 erfolgte.

Herr Wessel antwortet, die erste Information erfolgte 2009.

Frau Kröger-Schurr merkt an, dass die Ablauffahne Richtung B74 zeige und fragt, ob bei dem Bau der B74 der Boden auf Kontamination untersucht wurde und wohin der Boden verbracht wurde.

Weiter fragt sie nach der Zuverlässigkeit des Betreibers in Bezug auf Störfälle.

Herr Wessel erwidert, Kenntnis über Störfälle habe man nur bei deren Meldung.

Die Kontamination an der Bodenoberfläche sei gleich null. Das Grundwasser in Höhe der B74 befinde sich in 12-15 Metern Tiefe, beim Bau wurde der Boden maximal bis zu 1,50 Metern abgetragen, so dass dieser Boden mit einer Kontaminierung nichts zu tun habe.

OAL Nowack erinnert, dass nur noch 5 Minuten Zeit bis zum Ende der Sitzung blieben und noch einige Tagesordnungspunkte abzuarbeiten wären.

Frau Krohne stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, das Thema in der nächsten Sitzung mit den gleichen Gästen fortzuführen, damit auch die Bürger noch die Möglichkeit hätten, Fragen zu stellen.

Herr Schurr beantragt nach § 13,2 BeirG (Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter) eine Sitzung innerhalb der nächsten 14 Tage.

Zum Antrag von Frau Krohne gibt es keine Gegenrede, so dass das Thema am 14. Januar 2013 fortgesetzt werden soll.

Frau Kohl möchte wissen, wo die Kartierungen und Daten nachlesbar seien. Herr Wessel erwidert, Akteneinsicht sei jederzeit möglich. Frau Kohl bittet auch um Auslegung im Ortsamt. OAL Nowack weist auf den gestellten Bürgerantrag hin und die darin zu beantwortenden Fragen. Herr Thormeier schlägt vor, die Präsentation von Herrn Wessel auf der Internetseite zu veröffentlichen.

Herr Schurr erinnert an seinen Antrag zur Sondersitzung. Herr Geis spricht dagegen. Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Bürger C ergänzt, zu den Höhen der Verluste der Grundstückswerte könne man sich an das Katasteramt wenden, Abteilung Bodenrichtwerte.

TOP 9. Beschlussfassungen

1. Korrekturbedarf beim Straßennamen „Zum Krempel“
2. Verlegung der Haltestelle für die Busbibliothek
3. Globalmittel – Restvergabe

9a.

Ohne weitere Aussprache wird wie folgt über eine Straßenumbenennung abgestimmt:
13 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

9b.

Ohne weitere Aussprache wird wie folgt über eine Verlegung der Haltestelle für die Busbibliothek abgestimmt:
14 Ja-Stimmen

9c.

Vorgeschlagen wurde, alle Restmittel des Jahres 2012 dem Förderverein der Bibliothek Blumenthal zukommen zu lassen.

Über den Vorschlag wird wie folgt abgestimmt:
14 Ja-Stimmen

TOP 10: Stellungnahme zum Entwurf zur Neuregelung von Aufwandsentschädigungen für Beiratsmitglieder

OAL Nowack erklärt, folgender Entwurf der Stellungnahme wurde allen Beiratsmitgliedern mit der Bitte um Prüfung zugeschickt:

„Der Beirat Blumenthal hat sich in seiner Sitzung am 10. Dezember 2012 mit dem Entwurf der Neufassung der Verordnung über Pauschsätze nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter befasst und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Beirat Blumenthal begrüßt, dass eine Überarbeitung der Verordnung stattgefunden hat und bedankt sich bei der Arbeitsgruppe für das Bemühen um eine zeitgemäße Lösung.

Der Beirat Blumenthal begrüßt die Ausweitung der abrechnungsfähigen Teilnahmen. Diese ermöglicht den viel beschäftigten Beiratsmitgliedern eine deutliche Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation.

*Der Beirat **kritisiert** allerdings, dass es nicht gelungen ist, eine Erhöhung der Pauschsätze auf 25,00 € je Teilnahme zu formulieren. Diese Erhöhung wäre zeitgemäß und für die Mitglieder des Beirats Blumenthal auch gerechtfertigt. Dies gilt insbesondere aufgrund der Tatsachen, dass Sitzungen der zentralen Gremien oder Besprechungen bei den senatorischen Dienststellen in der Regel in der Innenstadt stattfinden und daher die Mitglieder des Blumenthaler Beirats allein wegen des höheren Nahverkehrstarifs einen deutlichen Nachteil gegenüber Teilnehmern aus anderen Stadtteilen südlich von Burglesum haben.*

Der Beirat Blumenthal fordert daher mit Nachdruck eine Erhöhung der Pauschale auf 25,00 € pro Sitzungsteilnahme.“

Seitens der SPD gab es Hinweis, dass das Wort „kritisiert“ gefehlt habe, dieses wurde eingefügt.

Am Abend der heutigen Beiratssitzung ist ein weiterer Vorschlag zum Entwurf der Stellungnahme von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen eingegangen. Aufgrund des kurzfristigen Eingangs war es nicht mehr möglich, diesen Vorschlag den Beiratsmitgliedern zeitnah zuzustellen.

Frau Kröger-Schurr schlägt vor, den Vorschlag dem Entwurf als Anhang beizufügen, da die Änderungsvorschläge zu den einzelnen Punkten mit einbezogen werden sollten. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sei nicht komplett mit dem Entwurf der Arbeitsgruppe einverstanden.

Herr Schwarz schlägt vor, den Entwurf der Stellungnahme wie vorgesehen zu beschließen und den Vorschlag zum Entwurf der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen als Ergänzung beizufügen.

OAL Nowack erklärt, dies sei so nicht möglich. Er schlägt vor, den Vorschlag zum Entwurf der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Beiratsmitgliedern per mail zuzusenden, so dass diese bis Donnerstag, 13.12.2012 die Möglichkeit zu einer Beurteilung des Vorschlags bekommen, ansonsten würde die Stellungnahme wie entworfen weitergeleitet. Dieser Vorschlag wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen angenommen.

TOP 11. Anfragen und Anträge der Parteien

- a) **CDU** - Anfrage zum Straftäter Gösper Straße
- b) **Die Linke** - Antrag zum Versand von Dateien an den Beirat
- c) **BiW** - Antrag zur Überprüfung des Projektes "Wurzeln der Empathie" in Bezug auf Kindeswohlgefährdung
- d) **Bündnis 90 / Die Grünen** - Antrag: Abschiebung und Sippenhaft - NEIN DANKE
- e) **Die Linke** – Antrag zur Bodenbeschaffenheit in Farge
- f) **Die Linke** – Antrag zu den Grundwasserverunreinigungen in Farge
- g) **Die Linke** – Anfrage zur Entschädigung von Grundstückseigentümern in Farge
- h) **Herr Klingenberg** – Anfrage an die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit über die Ausstattung der Blumenthaler Schulen mit Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeitern
- i) **SPD und CDU** – Dringlichkeitsantrag: Optionen für eine Zuzugskoordination in der George-Albrecht-Str.
- j) **SPD** – Dringlichkeitsantrag: Krippenplätze KiTa Haus Blomendal
- k) **Die Linke** – Dringlichkeitsanfrage: Umweltbelastungen der vergangenen Wochen

Der TOP wird vertagt.

TOP 12. Verschiedenes

Der Top wird vertagt.

OAL Nowack schließt die Sitzung um 21.38 Uhr.

Ortsamtsleiter

Beirat

Protokollführerin